

Johannes Jung (Karlsruhe) (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Guantanamo ist der tagtägliche systematische Verstoß gegen Menschenrechte und Menschenwürde, gegen internationales Völkerrecht und auch gegen US-amerikanisches Recht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Dieses Lager und die Behandlung der dort festgesetzten Personen stehen in schärfstem Widerspruch zur **Tradition der Freiheitsrechte** in den USA und sie diskreditieren zusätzlich die Politik der US-Administration. Die USA waren Jahrhunderte lang ein Zufluchtsort und die Chance auf eine hoffnungsfrohe Zukunft für Verfolgte und Geknechtete in dieser Welt, gerade auch aus Deutschland.

Wie sehr die Bush-Administration diese Tradition von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit fürchtet, zeigt eben Guantanamo, wo „the rule of law“, die Herrschaft des Gesetzes - also in unseren Worten die Rechtsstaatlichkeit -, ausgehebelt und ferngehalten wird. Dort wird totale staatliche Gewalt widerrechtlich ausgeübt. Zahlreiche **Gerichtsurteile** in den USA belegen, dass die Sorgen der Bush-Administration aus ihrer Sicht sehr wohl berechtigt und begründet sind.

Umso bedeutsamer ist die in den USA geführte Debatte über die Folter. Für diese Debatte steht Senator **McCain**, der übrigens die **Freiheitsmedaille** der Münchner Sicherheitskonferenz erhalten wird.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Dies ist ein gutes und ein wichtiges Signal. Es widerlegt vielleicht die alte Weisheit, dass man Preise dann bekommt, wenn man sie nicht mehr braucht. Ich denke, Senator McCain und die Debatte über die Folter in den USA brauchen diese Auszeichnung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich gehöre einer Partei und einer Regierungsfraktion an, die im Kampf gegen den Terror unsere demokratische und aufgeklärte Lebensweise, die das Ziel dieses Terrors ist, mit rechtsstaatlichen Mitteln verteidigen will und weiterhin verteidigen wird. Wir haben die Beteiligung an der Intervention der internationalen Staatengemeinschaft in **Afghanistan** und am Wiederaufbau dort nicht gescheut. Wir haben aber den Krieg im **Irak** abgelehnt und immer wieder vor den verheerenden Folgen dieses Krieges gewarnt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Leider muss ich sagen: Unsere Befürchtungen wurden wahr. Der Krieg im Irak, die illegalen Verschleppungen - die so genannten renditions - und Guantanamo sind verheerende politische Fehler und schlimmste Menschenrechtsverletzungen, die unter der Überschrift „Kampf gegen den internationalen Terror“ begangen werden.

Wie sieht die parlamentarische Behandlung aus? Der **Europarat** hat im April letzten Jahres eine ausführliche und detaillierte EntschlieÙung gefasst, in der die Haftbedingungen in Guantanamo als rechtswidrig und unmenschlich verurteilt werden. Das **Europäische Parlament** hat in der vergangenen Woche ebenfalls eine EntschlieÙung verabschiedet, in der die „Überführung von Hunderten von Personen ... in das illegale Haftzentrum Guantanamo, in dem Folter und andere Arten der Misshandlung ... zahlreichen Zeugenaussagen zufolge an der Tagesordnung gewesen sind“, verurteilt wird „und fordert die sofortige Schließung des Lagers“. Der Deutsche Bundestag hat wiederholt zur entwürdigenden Behandlung der Gefangenen in Guantanamo und zur Folter unmissverständlich Stellung bezogen. Es gilt heute, diese Position zu bekräftigen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es wird Sie dabei nicht wundern, dass ich für den **Antrag der Koalitionsfraktionen** werbe. Wir heben in diesem Antrag erstens die Unabdingbarkeit rechtsstaatlicher Mittel beim Kampf gegen den internationalen

Terrorismus hervor. Klar ist - das wurde oft genug betont; vielleicht doch nicht oft genug -: Der Rechtsstaat darf nicht auf dem Wege seiner vorgeblichen Verteidigung verengt und abgeschafft werden.

Wir unterstützen zweitens die Bundesregierung und die Bundeskanzlerin ausdrücklich in ihrer öffentlich vorgetragenen kritischen Haltung zu Guantanamo.

Wir bekräftigen drittens nochmals unsere grundsätzliche Forderung zur Einhaltung von Menschenrechten und dem Respekt vor den Grundfreiheiten von Gefangenen.

Das Lager Guantanamo verstößt gegen alle demokratischen Regeln von Politik, Recht und Moral. Es ist Synonym für einen Ort der Rechtlosigkeit und der totalen Verfügung über Menschen. Da Guantanamo einzig zu dem Zweck eingerichtet wurde, den Rechtsstaat außen vor zu halten, muss dieses Lager geschlossen werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der LINKEN, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich darf Sie um Ihre Zustimmung zum Antrag der Koalitionsfraktionen bitten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)